

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	17.11.2015	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	10.12.2015	öffentlich

<p>Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)</p> <p>Unterzeichnung der Erklärung des Deutschen Städtetages „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten,,</p>
<p>Betroffene Produktgruppe</p> <p>11.14.04.03</p>
<p>Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen</p> <p>Beitrag zur CO2 Reduzierung gem. Handlungsprogramm Klimaschutz</p>
<p>Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan</p> <p>keine</p>
<p>Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Erklärung des Deutschen Städtetages „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (Anlage 1) zu unterzeichnen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die im Jahr 2000 von den vereinten Nationen verabschiedeten UN - Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) enthielten acht Ziele zur Bekämpfung der Weltarmut, die bis 2015 erreicht werden sollten. Dieses Jahr wurden nun nach Auslaufen der Umsetzungszeit für die MDGs von der Generalversammlung der UN für die Zukunft neue Ziele verabschiedet, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) im Rahmen der „2030-Agenda“. Die 17 Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung der SDGs sind als Anlage 2 angefügt.</p> <p>Da die SDGs im Rahmen der „2030- Agenda“ ausdrücklich die Kommunen weltweit als zentrale Akteure benennen und die gemeinsame Verantwortung von Norden und Süden für die Erreichung der SDGs fordern, hat der Deutsche Städtetag (DST) umgehend reagiert und ähnlich wie seinerzeit für die MDGs ein Muster für eine Erklärung seiner Mitgliedsstädte veröffentlicht und diese aufgerufen, die Erklärung zu unterzeichnen (Anlage 3). Bielefeld hatte 2007 die Erklärung zu den MDGs unterzeichnet.</p> <p>Mit den neuen 17 Zielen geht auch ein Paradigmenwechsel einher. Wichtig ist nun, für gemeinsame „Weltanliegen“ wie öffentliche Güter und Ressourcen auch gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Aus kommunaler Perspektive sind vor allem folgende Entwicklungsziele relevant:</p>

- Städte und Siedlungen sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen,
- Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern,
- eine belastbare Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen,
- Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Die Erklärung des Deutschen Städtetages bezieht sich zum einen direkt auf die Verantwortung der Kommunen zum Handeln, fordert aber zum anderen Bund und Länder auf, die notwendigen Voraussetzungen für die Kommunen zu schaffen und die Kommunen auf Augenhöhe in Strategieentwicklungen einzubinden.

Mit Unterzeichnung verpflichtet sich die jeweilige Kommune zu konkretem Engagement zu den SDGs in einem breiten Bündnis mit der lokalen Bevölkerung und zur Sichtbarmachung der eigenen Maßnahmen. Hierfür gibt es in Bielefeld bereits eine sehr gute Grundlage, denn bezogen auf die MDGs wurden in den vergangenen Jahren schon viele Aktivitäten durchgeführt, an die angeknüpft werden kann.

Beispielhaft sind:

- Der Beschluss, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen (2006) mit der Umsetzung in den städtischen Beschaffungsrichtlinien, z.B. wird inzwischen die Arbeitskleidung des UWB unter Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen hergestellt.
- Die Verabschiedung des „Handlungsprogramms Klimaschutz“ (2008), das aktuell in einem breit angelegten Beteiligungsprozess für die Zukunft erweitert wird durch die Weiterentwicklung der Klimaschutzziele und Entwicklung neuer Maßnahmen über das Jahr 2020 hinaus. Hierdurch sollen insbesondere die Ziele 7, 8, 9, 11, 12 und 13 der SDGs verfolgt werden.
- Die Erarbeitung einer gemeinsamen „Handlungsstrategie Klimaschutz“ mit der Partnerstadt Estelí in Nicaragua im Rahmen des Projektes „50 kommunale Klimapartnerschaften“ (2012-2014) mit vielen Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität in Estelí und der Stärkung der Verbindung der Städte, z.B. mit dem „Bielefeld Kaffee“, der direkt aus Estelí nach Bielefeld importiert wird und dem Projekt zum Aufbau einer regenerativen Energieversorgung im Departement Estelí.
- Die Auszeichnung als „Fairtrade Town“ (2013) mit den Aktionen zur „Fairtrade Stadt Bielefeld“, die von einem breiten Bündnis lokaler Partner getragen werden. Die vielfältigen Aktionen und Projekte versuchen auf möglichst vielen Ebenen die Bevölkerung zu erreichen und für gerechtere globale Strukturen zu sensibilisieren. Projekte mit Schulen, z. B. „Energiesparen macht Schule“, „Kindermeilenkampagne“, „Fairtrade Schools“, sprechen insb. Kinder und Jugendliche an.
- Bildungs- und Informationsangebote mit Bielefelder Partnern, z.B. Welthaus Bielefeld e. V., Verbraucherzentrale Bielefeld, IBZ, Umweltzentrum mit den dort vertretenen Organisationen, Transition Town Bielefeld. Zusätzlich werden vom Welthaus jedes Jahr viele junge Freiwillige mit dem Weltwärts Programm nach Estelí und in viele weitere Kommunen des globalen Südens entsendet, die dort in sozialen und ökologischen Projekten unterstützen.
- Die Verabschiedung des Konzeptes zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (2010) mit den zugehörigen Maßnahmen, Leitlinien und Handlungsempfehlungen.

Geplant ist für 2016 eine Netzwerk-Konferenz der Stadt gemeinsam mit dem Welthaus Bielefeld e.V. zu den SDGs und den Handlungsmöglichkeiten vor Ort als Fortsetzung der Netz-

werk- Konferenz „Globale Zukunft – lokal gestaltet“ von 2013.

Ebenfalls geplant ist eine Fortbildungs- und Veranstaltungsreihe zu den einzelnen SDGs gemeinsam mit unterschiedlichen Bildungsträgern und engagierten Organisationen.

Zusätzlich werden die Fairtrade-Städte aus OWL 2016 gemeinsam an den Aktionen zum Luther Jubiläum im Gerry Weber Stadion und in Lippe teilnehmen und dort zu der Verantwortung der Kommunen zur Umsetzung der SDGs informieren.

Diese kleine Auswahl zeigt, dass Bielefeld die Inhalte der SDGs in unterschiedlichen Bereichen schon in die Projekte mit einbezogen hat und versucht, im lokalen Rahmen Verbesserungen zu erreichen.

Deshalb ist eine Unterzeichnung der Erklärung des Deutschen Städtetages zum einen zur Stärkung der vorhandenen Netzwerke der Stadtgesellschaft, die schon an den Themen arbeiten und zum anderen als Signal an Bund und Land für mehr Unterstützung, konsequent und sinnvoll, um diesen Prozess fortzuführen.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

**2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung:
Nachhaltigkeit auf kommunaler
Ebene gestalten**

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis...

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.¹

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030 -Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.²

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und Ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Ländern ausgeglichen werden.

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis...

wird ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Mit Beschluss vom

angenommen.

Ort

Datum

Titel, Funktion, Unterschrift

¹ http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E (Seite 14)

² Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.06.2015

Sustainable Development Goals der United Nations

„Wir verpflichten uns, auf dieser großen gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.“ So lautet eine zentrale Zusage des gemeinsamen globalen Programms zur nachhaltigen Entwicklung, das vom UN-Gipfeltreffen am 25. September 2015 einstimmig verabschiedet wurde. Die Agenda für nachhaltige Entwicklung wird am 1. Januar 2016 in Kraft treten und soll bis zum 31. Dezember 2030 umgesetzt sein.

In dem Dokument unter dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verpflichten sich alle Nationen, unsere Welt in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten grundlegend zum Positiven zu verändern

In einem partizipatorischen Prozess unter Einbeziehung von Regierungen und Zivilgesellschaft wurden im Vorfeld hierfür 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung mit 169 Unterzielen formuliert, die in allen Ländern der Welt verwirklicht werden sollen.

Die 17 Ziele (SDGs) sind:

1. Armut in jeder Form und überall beenden
2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen - (in Anerkennung der Tatsache, dass die UNFCCC das zentrale internationale, zwischen-staatliche Forum zur Verhandlung der globalen Reaktion auf den Klimawandel ist)
14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

Weitere Infos: <http://www.dgvn.de>

**Deutscher Städtetag zu Entwicklungszielen der Vereinten Nationen
Kommunen setzen sich für Armutsbekämpfung
und nachhaltige Entwicklung ein**

Der Deutsche Städtetag unterstützt die Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung in der 2030-Agenda, auf die sich die Staaten beim UN-Gipfel in New York geeinigt haben. In der 2030-Agenda wird deutlich: Für die Umsetzung in den Mitgliedstaaten spielt die kommunale Ebene eine besondere Rolle. Vor diesem Hintergrund schlägt der Deutsche Städtetag seinen Mitgliedstädten vor, sich für ausgewählte Ziele der Agenda auf lokaler Ebene zu engagieren.

„Kommunen in vielen Staaten der Welt setzen sich beim Kampf gegen die Armut sowie bei globalen Umweltherausforderungen ein. Ohne kommunale Beteiligung können die Staaten die Herausforderungen für Nachhaltigkeit nicht bewältigen. Es müssen beispielsweise Lösungen für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten oder für die Beseitigung der negativen Folgen des Klimawandels gefunden werden“, sagt Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Viele deutsche Städte agieren schon jetzt international. Dabei spielen Themen der Nachhaltigkeit eine große Rolle.

Die 2030-Agenda bildet einen neuen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Sie knüpft an die bis 2015 gesetzten Millenniumsziele der Vereinten Nationen an. Mit den neuen insgesamt 17 Zielen geht auch ein Paradigmenwechsel einher. Wichtig dabei ist es, für gemeinsame „Weltanliegen“ wie öffentliche Güter und Ressourcen auch gemeinsame Verantwortung zu übernehmen.

Aus kommunaler Perspektive sind vor allem folgende Entwicklungsziele relevant:

- Städte und Siedlungen sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen,

- Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern,
- eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen,
- Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Der Deutsche Städtetag hat gemeinsam mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion für seine Mitgliedstädte eine Musterresolution erarbeitet: Damit können Städte ihre Bereitschaft signalisieren, sich für ausgewählte Ziele der Agenda auf lokaler Ebene zu engagieren. **„Mit der lokalen 2030-Agenda wollen wir die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen mit Leben erfüllen“**, so Articus.

Die Kommunen können beispielsweise in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit vor Ort aktiv sein oder kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement verfolgen. Andere Städte erweitern oder vertiefen ihr Partnerschaftsnetz, unterstützen ihre Partnerstädte auf anderen Kontinenten durch kommunalen Erfahrungsaustausch und beraten beim Aufbau selbstverwalteter Strukturen. Dabei profitieren sie ebenfalls von innovativen Ansätzen und neuen Methoden ihrer Partner.

Die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ steht zum Download bereit unter www.staedtetag.de.